

## „Wir brauchen keine Kurskorrektur“

Wirtschaftskammerpräsident Christoph Walser (VP) verortet Tirol bereits als Land des Qualitätstourismus, relativiert den Druck aus der Wirtschaft auf LH Platters Krisenmanagement und sieht Länderbeteiligung an AUA-Rettung als Option.

Die Stadt Wien verschenkt Gastro-Gutscheine, der Handel fordert vom Staat 500-Euro-Gutscheine für alle. Macht diese Art des Helikoptergeldes zur Ankurbelung der Corona-gebeutelten Wirtschaft Sinn?

Christoph Walser: Ein Massen-Gutschein ist nicht finanzierbar und auch nicht sinnvoll. Man wird mit guten Angeboten und Regionalität punkten können. Das würde mehr Sinn machen.

Heiß ersehnt ist der 29. Mai, wenn Beherbergungsbetriebe wieder aufsperrten dürfen. Wäre das bei den aktuell geringen Infektionszahlen nicht früher nötig?

Walser: Die Betriebe brauchen rasch die dazu passenden Verordnungen aus Wien, um Planungssicherheit geben zu können. Der Bund hat den sicheren Weg gewählt. Auch mir ist lieber, ein, zwei Wochen später aufzusperren, dafür dann aber ohne Risiko, aber mit klaren Regeln - auf die warten wir.

Um dieses zu minimieren, verlangt LH Günther Platter Corona-Tests in allen Tourismusbetrieben. Offen ist, wer diese zahlen soll.

Walser: Wir warten gespannt auf Informationen aus dem Gesundheitsministerium, wie die Tests abzuwickeln sind. Dann werden wir uns mit dem Land und den Tourismusverbänden über die Finanzierung unterhalten. Das wird auf absehbare Zeit mit öffentlichen Geldern abgedeckt werden müssen. Wenn pro Test 100 Euro zu zahlen wären, kann ein Betrieb gleich zulassen.

Hält die Krise länger an, droht in der Tiroler Wirtschaft jedem vierten Unternehmen das Aus, im Tourismus gar jedem dritten. Überbrückungskredite alleine werden daran wohl nicht viel ändern?

Walser: Die Steuerbelastungen in Österreich sind derart hoch, dass die Betriebe nicht einmal in Hochkonjunkturphasen Rücklagen bilden können. Es braucht massive Erleichterungen z. B. für nicht entnommene Gewinne. Auch die Lohnnebenkosten müssen gesenkt werden. Derzeit machen die 36 Prozent aus - in Deutschland sind es nur 28 Prozent. Steuerreformen sind allemal besser, als in Krisenzeiten Milliarden in die Hand nehmen zu müssen, um den Großteil der Unternehmen zu retten. Und wir brauchen einen groß angelegten Plan, wie wir unsere Wirtschaft beleben können. Bei Infrastrukturprojekten muss jetzt schon an die Zukunft gedacht werden. Mir fallen da E-Mobilität und Wasserstoff und eine Tiroler Wohnbauoffensive, aber auch die Umsetzung eines Tunnels statt der Luegbrücke an der Brennerautobahn ein.

Jetzt, nachdem Ischgl und das Tiroler Corona-Krisenmanagement international gegeißelt werden, heißt es von LH Platter plötzlich: Wir brauchen keine feiernden Tagesgäste in den Tälern. Wer soll das glauben?

Walser: Feiern und ausgelassene Stimmung sind per se nichts Böses. Top-Destinationen sind nicht auf Tagesgäste angewiesen. Viele kleine Skigebiete sehr wohl.

Lügt sich der Tiroler Tourismus da nicht in die Tasche, wenn er meint, es ginge nur mit Klasse statt Masse?

Walser: Tirol ist ein Land des Qualitätstourismus, da brauchen wir keine Kurskorrektur. Wir werden auch in Zukunft starke Gästezahlen benötigen, um wirtschaftlich überleben zu können. Ischgl oder den Tiroler Tourismus auf Partytourismus zu reduzieren, ist zu kurz gegriffen - Ischgl ist eine weltweite Top-Destination. Sicher kein Ballermann - dieser Vergleich ist ärgerlich, weil nichts daran stimmt. Die Schraube, an der wir intensiv drehen müssen und auch können, ist die Frage der Anreise unserer Gäste - da sehe ich durchaus Potenzial zu einer tatsächlichen Ökologisierung. Après-Ski wird es auch in Zukunft geben. Das gehört zum Skifahren. Wenngleich man über die Auswüchse diskutieren muss.

Das politische Hickhack um die Einrichtung der Ischgl-Kommission hat das angeschlagene Tiroler Renommee nicht verbessert.

Walser: Die Landtagssitzung war ein Trauerspiel. Diese Außenwirkung hat Tirol weiter geschadet. Alle wollten den Skandal finden. Was bringt die Einrichtung einer Untersuchungskommission, wenn ich vorher schon weiß, wer wo Fehler gemacht hat? Dass da Ex-Richter Josef Geisler als Vorsitzender zurückgezogen hat, wundert mich gar nicht.

Welche Lehren wären für Sie aus den vergangenen Monaten des Krisenmanagements zu ziehen?

Walser: Die kritisierte Abreise der Gäste aus Ischgl ist vom Gesundheitsministerium beauftragt worden. Da kann Gesundheitslandesrat Bernhard Tilg überhaupt nichts dafür. Der Ablauf war aber nicht optimal. Da hat es keinen fixen Plan oder ein Regulativ gegeben. Daraus sollte man lernen. Es macht aber jetzt keinen Sinn, nur einen politisch Verantwortlichen zu suchen. Da hat es eine Kette von Verantwortlichkeiten gegeben. Strafrechtliche Aspekte hat die Staatsanwaltschaft zu klären.

Um eine politische Verantwortung wird man sich aber nicht drücken können. Tilg ist LH Platters Landesrat. Wäre es nicht höchst an der Zeit, dass er ihm den Rücktritt nahelegt? Auch als Signal nach außen?

Walser: Erst, wenn aus dem Kommissionsbericht hervorgehen würde, dass Tilg oder Landessanitätsdirektor Franz Katzgraber in ihrer Arbeit grobe Verfehlungen begangen haben - dann würde ich die Rücktrittsforderungen verstehen. Man soll die Kommission jetzt arbeiten lassen und daraus Schlüsse ziehen.

Aus der Wirtschaft heraus soll Druck auf Platter ausgeübt worden sein, die Saison nicht frühzeitig zu beenden. Allen voran steht Wirtschaftsbundobmann und Seilbahnsprecher Franz Hörl - auch nach seiner SMS an den Kitzlochbar-Betreiber - stark in der Kritik. Ist Hörl noch tragbar?

Walser: Ich habe gelesen, was Hörl geschrieben hat. Dass er den Betreiber aufgefordert hat, die Bar nach dem Corona-Fall zu sperren, ist grundsätzlich nicht verwerflich. Sein Zusatz, dass dann bald Gras über die Sache gewachsen sein dürfte - das war ungeschickt formuliert. Der Druck war da - nicht nur von den Hoteliers, auch von den Seilbahnen. In einigen Regionen hatten wir zum damaligen Zeitpunkt keinen einzigen nachgewiesenen Infektionsfall. Wir wollten nur valide Zahlen haben, um die Vorgehensweise unseren Mitgliedern erklären zu können.

Aus Unternehmerkreisen heißt es, dass man sich in der Bewältigung der Krise eine aktivere Wirtschaftslandesrätin

Patrizia Zoller-Frischauf gewünscht hätte.

Walser: Sie hat im Rahmen ihrer Möglichkeiten getan, was sie tun konnte. Wir sind in laufender Abstimmung.

Mehrere tausend Tiroler Hoteliers sollen laut Hoteliervereinigung auf Entschädigung aufgrund des Wechsels vom Epidemiegesetz auf das Covid-19-Maßnahmengesetz klagen wollen. Wird das von der Kammer unterstützt?

Walser: Aus juristischer Sicht war die Aufhebung des Epidemiegesetzes rechtens. Der Wechsel zum Covid-Gesetz hatte sicherlich seinen Grund darin, dass der Bund gesehen hat, dass derartige Entschädigungen unfinanzierbar gewesen wären. Wir raten keinem Unternehmer, gegen diese Gesetzesänderung vorzugehen.

Die Kammer steht selbst in der Kritik, dass die Auszahlungen aus dem Härtefallfonds, welche die WK abwickelt, zu langsam gehen.

Walser: Diese zweite Auszahlungsphase ist kompliziert gestaltet. Es gibt in der Abwicklung Probleme, vor denen wir aber den Bund bereits beim Start gewarnt haben. Manche Unternehmer hätten nur 37 bis 40 Euro bekommen. Solche Auszahlungen habe ich nicht veranlasst - das wäre ja peinlich. Erst in Nachverhandlungen haben wir eine Mindestgrenze bei Auszahlungen von 500 Euro erreicht. Tatsache ist aber, dass bis zum heutigen Tag noch viele Unternehmen auf eine tatsächliche finanzielle Hilfe aus einem der vielen Hilfspakete warten. 500 oder 1000 Euro können vielfach nur eine kurzfristige Überbrückung sein, um private Kosten abzudecken.

In ersten Betrieben stehen Verlängerungen der Kurzarbeit an, dann ist Schluss. Wie groß ist die Gefahr, dass im Herbst die wirklich großen Kündigungswellen kommen?

Walser: Das kann durchaus sein. Der erste Schlüsseltermin ist Ende Juni, wenn die doppelten Gehälter fällig werden und die Stundungen bei den Krankenkassen auslaufen. Ich befürchte, dass es im Herbst einen Einbruch geben könnte. Daher gilt es rasch wirtschaftlich Tritt zu fassen und die Lockerungen sowie konjunkturelle Maßnahmen konsequent fortzusetzen.

Die Grünen fordern, im Falle einer Staatshilfe zur Rettung der AUA die Kurzstreckenflüge drastisch zu reduzieren. Das würde den Flughafen Innsbruck und somit den Wirtschaftsstandort Tirol massiv treffen.

Walser: Ohne Unterstützung wird die AUA wohl pleitegehen. 770 Millionen Euro sind natürlich ein satter Betrag. Für mich stehen der Flughafen Innsbruck und die innerösterreichischen Flüge nach Wien außer Diskussion. Von übertriebenen Eingriffen in den Markt der Zukunft halte ich wenig.

Was, wenn eine Standortgarantie für den Flughafen an eine Beteiligung des Landes am AUA-Rettungspaket geknüpft werden sollte?

Walser: Da gibt es mehrere Varianten. Eine wäre, die Länder mit ins Boot zu holen.

Das Video-Interview führte Manfred Mitterwachauer